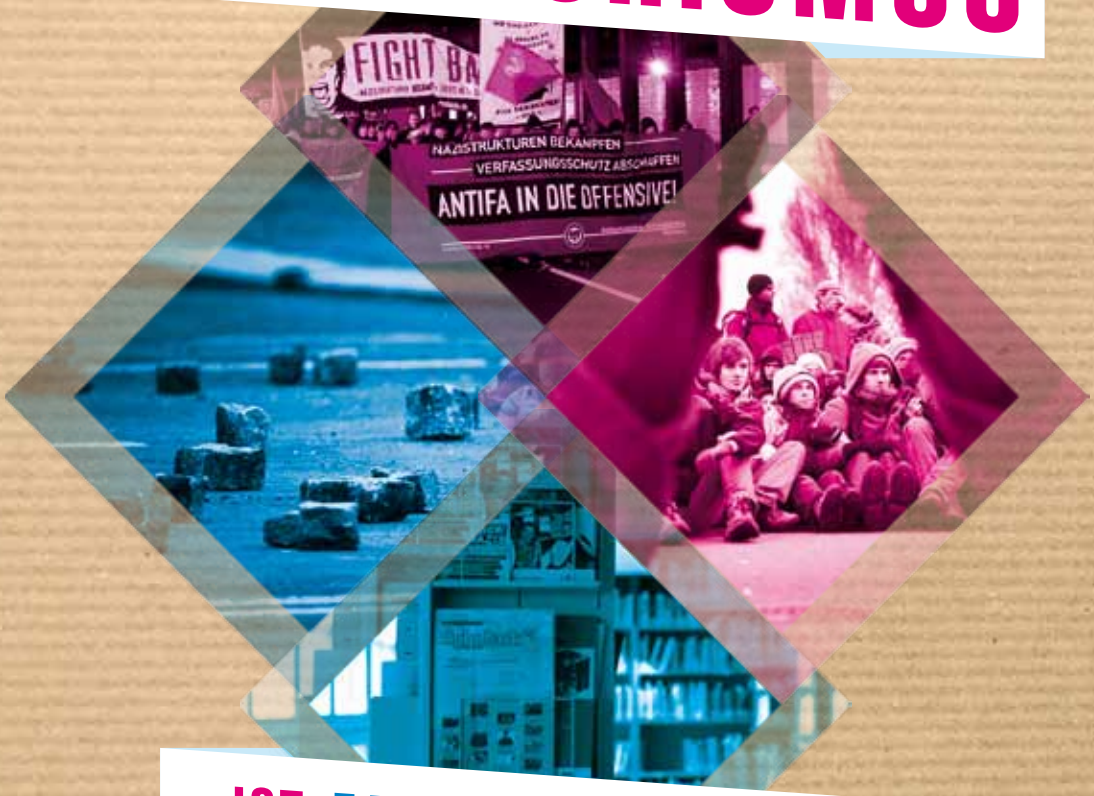
-DEMONSTRATION-

ANTIFASCHISMUS



IST NICHT KRIMINELL

Gegen die Kriminalisierung
antifaschistischer Initiativen!
Freiheit für Deniz!

ANTIFASCHISTISCHE AKTION

NÜRNBERG | 13. OKT
14 UHR AUFSESSPLATZ
redside.tk | denizk.blogsport.de

Freiheit für Deniz!

ANTIFASCHISTISCHES AKTIONSBÜNDNIS

ANTIFASCHISMUS IST NICHT KRIMINELL

Antifaschistische Aktivitäten zogen in den letzten Jahren immer wieder Repressionen nach sich. Die Kriminalisierung des „Dresden Nazifrei“ Bündnisses als „kriminelle Vereinigung“ nach § 129 StGB einhergehend mit rechtswidrigen Hausdurchsuchungen, Bespitzelung, Handydaten-Erfassung und nicht zuletzt schlichtes Verprügeln auf der Straße. Oder wenn antifaschistische Demonstrationen in Nürnberg nicht in die Innenstadt gehen dürfen, weil Ordnungsbehörden irrsinniger Weise davon ausgehen, die Demonstration würde PassantInnen angreifen wollen. Oder wenn ein antifaschistischer Jugendlicher verhaftet wird. Wegen versuchten Totschlags. Weil er angeblich mit einer Holz-Fahnenstange in Richtung schwergepanzerter Polizist_innen gefuchtelt haben soll. Oder bei den jüngsten Anti-Naziprotesten am 1. August, als ein NPD-Laster mit Polizeibegleitung in eine Blockade von Gegendemonstrant_innen mit viel zu hoher Geschwindigkeit rast und Demonstrierende und selbst Polizeibeamte zur Seite gedrängt werden, die Polizei jedoch im Anschluss bis zu 12 Antifaschist_innen mit dem Vorwurf Körperverletzung und Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte kurzzeitig verhaftet.

Das Ziel scheint nicht die Verfolgung von Straftaten, sondern von Antifaschismus. Und das in einer Zeit, in der sich (wieder einmal) herausstellt, dass es staatliche Organe gibt, die nicht etwa auf dem rechten Auge blind sind, sondern vielmehr mit klarster Sicht jahrelang Nazistrukturen aufbauten, kontrollierten und förderten. Nazistrukturen, die den NSU gebaren, der mordend durchs Land zog.

BAYERISCHE ZUSTÄNDE

Seit dem Aufstand der Anständigen und noch einmal verstärkt seit Bekanntwerden der NSU-Morde gehört es zum guten Ton, sich auch als bürgerliche und sogar rechte Parteien wie die CSU gegen Nazis zu bekennen. Wo vor einigen Jahren der Nürnberger Oberbürgermeister Maly noch öffentlich ein „aktives Ignorieren“ von Naziaufmärschen einforderte, versucht der gesamte Stadtrat mittlerweile „gegen Rechts“ ein Zeichen zu setzen. Demgegenüber steht die Realität für viele Antifaschist_innen, die für ihr Engagement mit staatlicher Verfolgung und Kriminalisierung überzogen werden. Dass das mit der Ahndung konkreter Straftaten wenig, mit politisch motivierter Strategie jedoch viel zu tun hat, werden wir anhand einiger Beispiele aufzeigen.

Das Bürgerforum Gräfenberg organisierte kontinuierlich und erfolgreich Proteste gegen die phasenweise wöchentlichen Naziaufmärsche zu einem Kriegerdenkmal im Ort. Mit Aktionen des zivilen Ungehorsams, zum Beispiel Sitzblockaden, sorgten Nazigegner_innen für die Verhinderung zweier Naziaufmärsche, die Faschist_innen mussten unverrichteter Dinge wieder abziehen. Dieses entschlossene Vorgehen rief jedoch umgehend Polizei und Justiz auf den Plan. Deren Reaktion war an Frechheit kaum zu überbieten: Die Beamt_innen zogen mit Fotos von „Verdächtigen“ durch Gräfenberger Kneipen und forderten die Anwohner_innen zur Denunziation ihrer Mitbürger_innen auf. Die Folge dieses skandalösen Vorgehens waren 80 polizeiliche Vorladungen.

Ein unverzichtbarer Begleiter für die antifaschistische Arbeit in Franken und Bayern ist die „Antifaschistische Informations-, Dokumentations- und Archivstelle München a.i.d.a. e.V.“. Der Verein dient als unabhängiges Informationsportal, das einen tiefen Einblick in die extrem Rechte Szene bietet. Vergleichbare Informationsmöglichkeiten staatlicherseits sucht man vergebens. Doch seit drei Jahren versucht das bayerische Innenministerium a.i.d.a. mit einer regelrechten Diffamierungskampagne mundtot zu machen und die Vereinsaktiven zu diskreditieren, da a.i.d.a. als sogenannte „linksextremistische Organisation die demokratischen Institutionen unterwandere“. Trotz eines erfolgreichen Urteils des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofs wird a.i.d.a seit Jahren in Verfassungsschutzberichten genannt.

Doch auch die Nürnberger Behörden lassen sich nicht lumpen, wenn es darum geht ihnen unangenehme Inhalte aus dem öffentlichen Raum zu verdrängen. So beispielsweise bei einer antifaschistischen Demonstration am 31. März 2012 unter dem Motto „Nazistrukturen Bekämpfen! Verfassungsschutz Abschaffen! Antifa in die Offensive!“. Das Ordnungsamt verbot große Teile der geplanten Route mit dem Hinweise darauf, dass die Anmelder_innen „dem linksextremistischen Lager“ zugehörig seien. Im gleichen Atemzug wurde eine absurde Gefahrensituation herbeiphantasiert: Demonstrationsteilnehmer_innen könnten Passant_innen angreifen. Als am Tag der Demonstration einige Teilnehmer_innen versuchten, die ursprünglich geplante Route zu gehen und dazu eine Polizeiabsperrung überwanden, griff die Polizei die Demonstrant_innen mit Knüppeln und Pfefferspray an. Die Folgen waren zum Teil schwer verletzte Antifaschist_innen und mehrere Strafverfahren.

SCHLIMMER GEHT'S IMMER: DER FALL DENIZ K.

Den Gipfel an Repression rund um die antifaschistische Demonstration vom 31. März stellt der Fall des 19-jährigen Antifaschisten Deniz K dar. Deniz wurde erst einen Monat nach der Demonstration in Nürnberg auf einer Antifa-Demo in Ludwigshafen festgenommen. Seither sitzt er in Untersuchungshaft und ist dem schwerwiegenden Vorwurf des versuchten Totschlags in fünf Fällen ausgesetzt. Laut Polizei soll er mit einer Fahnenstange auf Helm und Brustpanzer von Polizist_innen geschlagen haben. Verwunderlich ist vor allem die Tatsache, dass in dem Polizeibericht über die Demonstration von keinerlei Verletzungen von Beamt_innen oder gar Totschlagversuchen die Rede ist. So absurd das Geschehen bei nüchterner Betrachtung scheint, die Strategie von Polizei und Justiz ist umso perfider: Durch die krassen Vorwürfe und die damit verbundene Höhe der Strafe soll eine Solidarisierung mit Deniz verhindert werden. Wie so oft soll ein Einzelner zur Kriminalisierung einer gesamten Bewegung herhalten. Doch auch hier wird ein solidarischer Umgang der Repression einen Strich durch die Rechnung machen. Unmittelbar nach der Verhaftung von Deniz gründete sich das „Solidaritätskomitee Freiheit für Deniz“, das mit Aktionen und Pressearbeit ein wachsames Auge auf den Prozess hat und Deniz nicht allein hinter den hohen Knastmauern lässt. Wir stellen uns in vollem Umfang hinter Deniz und verurteilen die mediale und juristische Hetze gegen die antifaschistische Bewegung und unseren Freund und Genossen.

§129 STGB? DAS KENNEN WIR SCHON...

In Dresden fand jahrelang Europas größter Naziaufmarsch ungestört statt. Anlass für den Aufmarsch war das Bombardement im 2. Weltkrieg. Nazis, wie bürgerliche Mitte, teilten anfangs die Lüge vom unschuldigen Elbflorenz. Dank der Arbeit des Bündnisses „Dresden Nazifrei“ hat sich das grundlegend geändert. Nicht nur, dass der Naziaufmarsch wiederholt durch Blockaden verhindert werden konnte - durch kontinuierliche inhaltliche Arbeit konnten im Gedenkdiskurs der Stadt Dresden antifaschistische Positionen gesetzt werden. Doch der Preis, den die Aktivist_innen von „Dresden Nazifrei“ zahlen mussten ist ein bitterer: Die Stürmung eines Büros, zahlreiche Verfahren nach §29 StGB (Bildung einer kriminellen Vereinigung), damit einhergehende Telefon und Internetüberwachung, Rasterfahndung und flächendeckende Observation. Nach 16-monatiger Ermittlung wurden nun einige der Verfahren eingestellt. Dennoch bleiben für 20 Antifaschist_innen weiterhin die Verfahren nach dem §129 bestehen, welche den Ermittlungsbehörden weiterhin Befugnisse zum Bespitzeln von linken Zusammenhängen gibt. Denn darum geht es schlussendlich bei der Anwendung dieses Paragraphen. Ca. 97 % der § 129-Verfahren gegen Linke wurden (NACH mehrjähriger „Ermittlungsarbeit“) eingestellt

oder endeten mit Freispruch für die Angeklagten. Was bleibt sind komplett durchleuchtete oder gar zerschlagene politische Strukturen.
Doch die Dresdner Antifaschist_innen geben ein Paradebeispiel für Solidarität ab: Antifaschismus lässt sich nicht in „gut“, sprich gewaltfrei, und „böse“, sprich militant, unterteilen. Die staatlichen Spaltungsversuche des Bündnisses liefen alle ins Leere. Kein_e Sprecher_in ließ sich zu Distanzierungen gegenüber Aktionsformen, die vielleicht nicht die eigenen sind, hinreißen, keine aufgeblähten Debatten um „Gewalt“ gegen Sachen. Das Beispiel von „Dresden Nazifrei“ muss Schule machen im Umgang mit Repression. Die Erfolge geben dem Bündnis eindeutig recht.

PANNENGEPLAGTE SCHLAPPHÜTE. ZUFALL ODER KONZEPT?

Immer wenn es um Repression gegen linke, fortschrittliche Politik geht mischt eine Organisation ganz vorne mit: das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) und seine angegliederten Landesämter. Gegründet zu einer Hochphase des „Kalten Krieges“ wurde das Bundesamt für Verfassungsschutz mit Hilfe von Kriegsverbrecher_innen des NS-Regimes, zum Beispiel Gestapo- Mitgliedern unter falschen Namen und mit falschen Pässen aufgebaut. Nach einer Abhöraffäre im Jahr 1963 bekannte sich das Amt offen zu seinen Mitarbeiter_innen mit SS-Hintergrund und bescheinigte diesen, dass sie „unabdingbare Spezialisten auf ihrem Gebiet seinen“ die sich „keinerlei Dienstvergehen schuldig gemacht“ hätten. Während die Verfassungsschützer_innen in ihrer Geschichte keine Gelegenheit ausließen, um gesellschaftlich Stimmung gegen linke Politik zu machen und mit einer historisch einzigartigen Welle an Berufsverboten wegen „pro-kommunistischer Haltung“ Geschichte schrieb, kam mit den Morden des NSU ein wahrlicher Offenbarungseid ans Licht. Im Zuge der NSU-Ermittlungen wurde die Unterstützung der rechten Mörder des NSU durch den Verfassungsschutz aufgedeckt, mehrere Amtsleiter mussten von ihren Posten zurücktreten. Denn die neonazistischen Mörder_innen aus Thüringen waren Ende der 90er Jahre

im vom VS durchsetzten und mitaufgebauten Kameradschaftsbund „Thüringer Heimatschutz“ (THS) organisiert. Auch wurden beispielsweise im ausgebrannten Haus der Neonazis sog. „Legale illegale Papiere“ gefunden, die nur von einer Bundesbehörde ausgestellt werden können. Statt der öffentlichen Forderung nach Transparenz und Aufklärung nachzukommen vernichtete der VS massenhaft Akten, um so die eigene Verwicklung und Verantwortung zu verschleiern. Eine entsprechende Stellungnahme die angesichts der Brisanz des Falles, ein solches Vorgehen, ansatzweise rechtfertigt, ist die Behörde bis zum jetzigen Zeitpunkt schuldig geblieben. Anstatt in der Konsequenz den Verfassungsschutz aufzulösen, zeigt die gegenwärtige politische Diskussion lediglich in Richtung einer verstärkten Zusammenarbeit zwischen Polizei und Geheimdienst. Dass dies nicht nur verfassungswidrig ist, sondern auch ganz bestimmt nicht zu noblen Zwecken eingesetzt werden wird dürfte auf der Hand liegen.

Nicht nur die „Pannen“, die den VS seit seiner Gründung begleiten, machen ihn skandalös, sondern auch sein Kerngeschäft. Das ganz normale Wirken, also die Überwachung der „des Extremismus verdächtiger Personen/Parteien und ihrer Bestrebungen“ greift weit ins Vorfeld objektiv feststellbarer Straftaten ein und läuft stets auf eine flächendeckende Gesinnungsschnüffelei gegen Links hinaus. Mit Schützenhilfe aus der Politik, allen voran Familienministerin Kristina Schröder, die mit ihrer „Extremismus-Klausel“ absolute Deutungshoheit über den Demokratiebegriff einfordert, steht also einer weiteren anti-kommunistischen und anti-linken Politik der Behörden nichts im Weg - zumindest nicht, bis durch eine solidarischen und emanzipatorische Bewegung sich das gesellschaftliche Klima dahingehend verschiebt, dass eine Abschaffung des Verfassungsschutzes unabdingbar wird.

RECHTER TERROR IN FRANKEN – UNGEBROCHENE KONTINUITÄT

Dass Nürnberg, als Ort von 3 Morden des NSU so wenig im Fokus der Ermittlungen oder gar der Presse steht, verwundert sehr. Dass die Thüringer Neonazis Hilfe aus der Region bei ihren Morden hatten kann mittlerweile als sicher angesehen werden. Doch die Beziehungen zur fränkischen Naziszene lassen sich noch viel konkreter aufzeigen. Eine mittelfränkische Neonazistin besorgte Beate Zschäpe falsche Ausweise. Ebenso findet sich Matthias Fischer aus Stadeln, führender Kader des „Freien Netz Süd" (FNS) auf einer Adressliste des NSU-Terroristen Böhnhardt. Fischer selbst pflegt enge Kontakte in die thüringische Szene, vor allem aber zum „Thüringer Heimatschutz" (THS), aus dem der NSU hervorging. Und auch beim FNS lassen die staatlichen Ermittlungsbehörden Nazis seit Jahren freie Hand. Beispielsweise bei gewalttätigen Angriffen bei denen sich die staatlichen Behörden mehr als nur zurück halten: In der Fürther Altstadt angegriffenen Antifaschist_innen wurde von Polizist_innen geraten, „eben nicht mehr in die Innenstadt zu gehen". Als der Fürther FNS-Kader Peter Rausch in der Nürnberger U-Bahn einen 17-jährigen Antifaschisten ins Koma prügelte, verschwieg die Polizei tagelang den rechten Hintergrund und die einschlägigen Vorstrafen des Nazis. In Franken – wie an so vielen anderen Orten der BRD- werden nur bei den hervorstechendsten Fällen faschistischer Gewalt, Nazis als Einzeltäter verfolgt. Ihre Strukturen, Hintermänner und Infrastruktur bleiben unangetastet. Im Gegensatz dazu scheint die antifaschistische Bewegung unter Generalverdacht zu stehen: Als Extremist_innen abgestempelt oder mittels der Gewaltfrage gespalten, wird versucht, ihren linken Teil heraus zu drängen. Daher vermuten wir keine Unterstützung von Seiten staatlicher Behörden oder Justiz. Gerade Verfassungsschutz und politische Polizei sind Teil des Problems, mitnichten der Lösung.

20 JAHRE NACH LICHTENHAGEN – DAS PROBLEM HEISST RASSISMUS

Der Alltag von Flüchtlingen ist geprägt von staatlichem und gesellschaftlichem Rassismus. Repression trifft sie noch mehr, wenn sie sich gegen die Zustände, in denen sie leben müssen zur Wehr setzen oder wie in Würzburg oder Nürnberg und anderen Städten ihr Recht auf Asyl durch einen Hungerstreik erstreiten oder kurdische Aktivist_innen, die immer wieder mit willkürlichen Terrorismusvorwürfen überzogen werden und ihre Vereine verboten werden. Doch wie so viele andere Missstände in diesem Land blickt auch der staatliche und institutionelle Rassismus auf eine lange Tradition in Deutschland. Vor genau 20 Jahren tobte in Rostock-Lichtenhagen tagelang ein rassistischer Mob aus organisierten Nazis und braven Deutschen vor einem Asylbewerber_innenheim. Es flogen Brandsätze auf die bewohnten Häuser, die Einsatzkräfte der Polizei standen tatenlos daneben und beobachteten das Geschehen. Die damalige Regierung nutzte den Druck der rassistischen Mörder_innen und Gewalttäter_innen mit der Folge der faktischen Abschaffung des Asylrechts 1993. Rassismus in all seinen Spielarten ist gesellschaftlich weit verbreitet. Damit meinen wir nicht nur den eliminatorischen „Fremdenhass", sondern auch diejenigen, die die „Einzigartigkeit der Völker" propagieren und bei Abschiebungen wegsehen. Das aktuelle Beispiel für Rassismus par excellence war die mediale Darstellung des NSU-Terrors als „Döner-Morde". Neun getötete Menschen werden schlichtweg zu „Döner-Morden", eine zynische Verhöhnung der Opfer. Während sich die eingerichtete SoKo „Bosporus" darauf beschränkt, dem Umfeld der Opfer kriminelle Machenschaften zu unterstellen, blasen Politiker wie Peter Uhl (CSU) in ein altbekanntes Horn: Die Politik müsse die Migrationsregeln verschärfen, damit am

rechten Rand der Gesellschaft keine Kampfgruppen entstehen. Und wieder wird, wie schon 1991/93 auf dem Rücken der Opfer einer rassistischen Gesellschaft eine weitere Verschlechterung ihrer Lebensumstände eingeleitet. Wie passend, dass all dies zu einer Zeit geschieht, in der das kapitalistische System kräftig am Wanken ist. Während Deutschland sich aufschwingt, das Schicksal der EU zu entscheiden, soll Unruhe in den eigenen Reihen durch das bedienen altbekannter Ressentiments vorgebeugt werden: Sei es der Kommunist, der einem das werte Eigentum stehlen will oder der „Ausländer", der einem die eh schon raren Arbeitsplätze streitig macht. Denn Rassismus ist keineswegs, wie es Sarrazin und Co uns glauben machen wollen, ein dem Menschen natürliches Phänomen. Er erfüllt vielmehr eine Doppelfunktion innerhalb der kapitalistischen Verwertungslogik. Während auf der einen Seite ökonomische und gesellschaftliche Teilhabe gewährt bzw. verweigert wird, um so nationalistischen Argumentationen die Basis zu stellen, dient er der Formierung der eigenen Bevölkerung hinter dem „Standort Deutschland" und der Durchsetzung ebendieser Interessen. Es liegt an uns, dieser Gesellschaft, die Repression auf so zahllosen Ebenen produziert, einen Strich durch die Rechnung zu machen. Eine solidarische Organisierung der Gesellschaft und internationale Solidarität müssen anstelle von Standortwahn und kapitalistischer Leistungsgesellschaft treten.

DIE SCHULTERN BREIT MACHEN – ALLE ZUSAMMEN!

Das staatliche Behörden und gewalttätige Nazis sich das rassistische Klima in der Gesellschaft zum nutzen machen, um ihre verachtenswerten Inhalte zu verbreiten, wird deshalb immer Empörung und Protest hervorrufen! Egal mit welchen Mitteln der Repression versucht wird, kritische Menschen mundtot zu machen. Lasst uns ihre Angst vor der Veränderung nutzen, und lautstark gegen diese Zustände zusammen vorgehen.

Denn in den letzten Jahren hat sich gezeigt, dass antifaschistische Arbeit immer breiter auf immer mehr Schultern getragen wird. Die Beispiele dafür reichen von Dresden über Gräfenberg und Langwasser bis zur Forderung den Verfassungsschutz abzuschaffen. Wir dürfen daher nicht an dieser Stelle stehen bleiben. Lasst uns den nächsten Schritt unserer antifaschistischen Arbeit gemeinsam gehen. Auch gegen die Kehrseite unserer Arbeit muss gemeinsam und solidarisch vorgegangen werden. Ob Gewerkschafter_in, autonome_r Antifaschist_in, Migrant_in oder jeder Mensch, der für eine emanzipatorische Politik eintritt. Am 13. Oktober wollen wir gemeinsam auf die Straße gehen, um ein starkes und entschlossenes Zeichen gegen Repression zu setzen.

NÜRNBERG | 13. OKT
14 UHR AUFSESSPLATZ
redside.tk | denizk.blogsport.de

Unterstützer_Innen: Föderation der Arbeitsimmigrant_Innen in Deutschland e.V. (AGIF), Antifaschistische Linke Fürth (ALF), Autonome Jugendantifa Nürnberg AJA). Die Linke KV Ansbach/Weißenburg-Gunzenhausen, Jugendantifa Fürth (JAF), Organisierte Autonomie (OA), Pension Ost (PO), Radikale Linke Nürnberg (RL), Revolutionär organisierte Jugendaktion (ROJA), Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ), Young Struggle.